



Belastungsverschiebung bei der Grundsteuer belastet das Wohnen

Die neue Grundsteuer in Baden-Württemberg macht Wohnen teurer

Wie Erhebungen des Steuerzahlerbundes und Informationen einiger Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg deutlich zeigen, ist die von Haus & Grund befürchtete Belastungsverschiebung bei der Grundsteuer zulasten von Eigentümern und Mietern eklatant. Auch wenn es gut und richtig ist, Wirtschaftsbetriebe steuerlich zu entlasten – so kann das nicht „aus Versehen“ und zulasten des Wohnens geschehen.

„Aktuell erhalten wir nicht nur Rückmeldungen unserer Mitglieder von Vervielfachung der persönlichen Grundsteuerlast, die nicht jeder ohne Weiteres schultern kann. Sondern wir sehen natürlich auch, dass Mietern bei Wohnraummietverhältnissen durch die häufig viel höhere Grundsteuer eine deutliche Erhöhung der Miete über die Nebenkosten ins Haus steht. Mit der Belastungsverschiebung vom Gewerbe hin zum Wohnen, kommt noch eine Ungerechtigkeit hinzu,“ so Haller und Nothacker.

Vorliegende Daten der Städte Reutlingen, Karlsruhe, Pforzheim und Freiburg belegen, dass im Vergleich zur bisherigen Grundsteuer es jeweils zu einer deutlichen Entlastung der gewerblichen Grundstücke im Vergleich zu bisher gekommen ist. „Bei Aufkommensneutralität führt dies dazu, dass schlicht und einfach diese Entlastung künftig von den Wohnungsnutzern zu tragen ist. Die großflächige Automobilindustrie wird begünstigt, die Wohnkosten steigen dadurch. War dies das Ziel der Politik?“ so Vorstandsvorsitzende von Haus & Grund Baden, Thomas Haller und Haus & Grund Württemberg, Sebastian Nothacker.

Besonders augenscheinlich wird die Verschiebung am Beispiel der Stadt Reutlingen: Hier tragen die Einfamilienhäuser mit rund 27 % fast das doppelte des Grundsteueraufkommens, als die Gewerbegrundstücke (15%) und dies in einer industriell gewerblich geprägten Stadt. Selbst in Pforzheim, ebenfalls industriell geprägt, tragen die Einfamilienhäuser mehr als die Gewerbegrundstücke.

Haus & Grund Baden und Württemberg fordern von Land Baden-Württemberg deshalb, schnell zu handeln und die Grundsteuer zu reparieren. „Die Kommunen können das nicht leisten, da muss das Land jetzt ran. Und das Thema kann auch nicht bis zur Landtagswahl 2026 warten. Eigentümer und Mieter müssen gehört werden. Das Thema betrifft uns alle.“

Stuttgart/Karlsruhe, 22.01.2025